

## HABEN SIE SCHON BEWÄLTIGT?

### Vertrag von Versailles

#### Ein völkerrechtlicher Betrug

Was der Versailler Vertrag in Wirklichkeit ist, sagt der norwegische Völkerrechtslehrer Professor Dr. jur. N. Gjelsvik, Kristiania, in einem Gutachten, das die „Deutsche Juristen-Zeitung“ in ihrem Heft am 1. November 1922 veröffentlichte. Es heißt in diesem Gutachten u.a.:

„Ich meine, daß diejenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages, die nicht im Einklang mit dem Waffenstillstandsvertrag stehen, nicht nur moralisch, sondern auch juristisch unverbindlich sind. Man muß sich hierbei den Inhalt der Waffenstillstandsbedingungen vergegenwärtigen, daß die Deutschen sich in dem Maße entwaffneten und Territorium in dem Umfange aufgaben, daß es unmöglich für sie war, den Krieg wieder aufzunehmen. Dies hat auch Wilson selbst im amerikanischen Kongreß zugegeben, indem er äußerte: „Nach diesem Waffenstillstandsvertrag ist es unmöglich für die Deutschen, den Krieg wieder aufzunehmen.“

Wenn die Entente diese Sachlage so ausnützt, daß sie Friedensbedingungen diktiert, die nicht mit dem Waffenstillstandsvertrag übereinstimmen, so ist das ein völkerrechtlicher Betrug, der den Versailler Vertrag juristisch ungültig machen muß. Wenn man einen Gegner durch Versprechungen dazu bewegt, die Waffen auszuliefern, so daß er den Krieg nicht weiterführen kann, und dann die Versprechungen nicht einhält, dann wäre es um das ganze Völkerrecht geschehen, und ein auf solchem Betrug aufgebauter Völkerbund kann kein wahrer Völkerbund werden, sondern nur dazu dienen, die Welt über den völkerrechtlichen Betrug einige Zeitlang hinwegzutäuschen. Man kann freilich während eines Krieges Kriegslisten benutzen, aber man kann es nicht als erlaubte Kriegslist betrachten, daß man den Gegner bewegt, die für die weitere Kriegsführung nötigen Mittel auszuliefern, durch Versprechungen, daß er einen bestimmten Frieden erhalten werde, und diese Versprechen dann nicht einhält. Jeder Mensch mit natürlichem Rechtsgefühl empört sich dagegen, und jeder Jurist muß sagen, daß auf diese Weise ein Recht unter den Völkern nicht bestehen kann.“

## MERKEL UND DIE MEINUNGSFREIHEIT

Kanzlerin Merkel sprach anlässlich ihres Besuches in China Klartext. Sie erwähnte Menschenrechte, die „nicht teilbare Würde jedes Einzelnen“, Produktpiraterie und Meinungsfreiheit.

Die Gastgeber lächelten milde, wissen doch auch die Chinesen, wie viele Menschen in Deutschland und Österreich wegen Meinungsäußerungen in Haft sitzen.

## GELD VORENTHALTEN

Seit Jahren warten Zehntausende verarmte Holocaust-Überlebende in Israel vergeblich auf finanzielle Unterstützung durch Israels Regierung. Nach einer Presse- und Internet-Kampagne ist Premier Ehud Olmert massiv unter Druck geraten und versprach, jetzt zu handeln. Der israelische Staat, so eine Sprecherin der Überlebenden, habe hohe Reparationszahlungen erhalten, es aber verabsäumt, den Überlebenden zu überweisen, was ihnen zusteht.

## ZITAT

Robert Lynd: „Es ist leichter, eine Lüge zu glauben, die man hundertmal gehört hat, als eine Wahrheit, die man noch nie gehört hat.“

## AKTION SCHWIMMREIFEN

Damit die Wertschöpfung im eigenen Land bleibt, starteten die „Wirtschaftskammer Kärnten“ und die „Kärnten Werbung“ die Aktion Schwimmreifen.

Dank dieser soll jeder Kärntner, der seinen Urlaub im eigenen Land verbringt, mit einem blauen Schwimmreifen belohnt werden. Die Kärntner Wirtschaftskammer jubelt in ihrer Zeitung „Kärntner Wirtschaft“: „Wer bei seinen kleinen und großen Kaufentscheidungen an Kärnten denkt, unterstützt Kärntner Betriebe und sichert Kärntner Arbeitsplätze.“

Nur bei der Herstellung dieser blauen Schwimmreifen haben sie nicht an Kärnten gedacht, und so bleibt die Wertschöpfung leider nicht im eigenen Land, sondern in China.

## Immer gegen das Volk

Im Lavanttal in Kärnten lebt seit Jahren eine Familie aus dem Kosovo. Vater, Mutter und drei Kinder im Alter von 7, 9 und 12 Jahren. Der Vater arbeitet, die Kinder gehen zur Schule, die Familie ist in die Gemeinde aufgenommen und beliebt.

Heuer wollte man die Frau und die Kinder in den Kosovo abschieben. Das ganze Lavanttal hat sich dafür eingesetzt, daß die Familie bleiben darf. Alle Bürgermeister des Regionalmanagements Lavanttal, der Pfarrer, die Schule, der Bezirkshauptmann. Die Jugendfürsorgeärztin der Bezirkshauptmannschaft sammelte 3518 Unterschriften, und endlich kam der Beschluß des Verfassungsgerichtshofes „Der Beschwerde mit aufschiebender Wirkung wurde Folge gegeben.“ Die Abschiebung ist aufgeschoben.

Bemerkenswert dabei ist: Setzen sich zehntausende Österreicher für die Abschiebung von kriminellen Ausländern ein, fordern Gutmenschen und der Staat das Bleiberecht.

## EINLADUNG ZUR 42. POLITISCHEN AKADEMIE DER AFP

12. – 14. OKTOBER 2007 IM WESTLICHEN NIEDERÖSTERREICH/MOSTVIERTEL

WIR LADEN SIE HERZLICH EIN! KOMMEN SIE, HÖREN SIE, SPRECHEN SIE MIT!

Die Themen: Asyl- und Integrationsproblematik, Nationale Jugendarbeit, politische Justiz, Gesinnungsterror und viele andere.

Senden Sie Ihre Anmeldung an: AFP, B. Schwarzstr. 33, 9020 Klagenfurt, auch wenn Sie kein Quartier brauchen.

ES IST EINE GESCHLOSSENE VERANSTALTUNG. ERST NACH ERFOLGTER ANMELDUNG SENDEN WIR IHNEN DAS GENAUE PROGRAMM DER TAGUNG ZU!



lesen Sie auch

**KOMMENTARE**

ZUM ZEITGESCHEHEN

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse: A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften! Der „Wiener Beobachter“, Standpunkte der AFP Wien, Niederösterreich und Burgenland, zu beziehen: 1110 Wien, Krauseg. 14  
Besuchen Sie uns im Internet [www.afp-kommentare.at](http://www.afp-kommentare.at)